

# Deutscher Bundestag

15. Wahlperiode

Drucksache 15/877

25. 04. 2003

## Schriftliche Fragen

mit den in der Zeit vom 14. bis 25. April 2003

eingegangenen Antworten der Bundesregierung

### 57. Abgeordnete Petra Pau (fraktionslos)

Beabsichtigt die Bundesregierung weiterhin, den geplanten Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritz- Ruppiner Heide in Betrieb zu nehmen, und wenn ja, wie verträgt sich diese Entscheidung mit der Haltung des heutigen Bundesministers der Verteidigung, Dr. Peter Struck, der 1992 eine Presseerklärung unterzeichnet hatte, in der es hieß: „Wenn die Bundeswehr diesen Platz tatsächlich weaternutzen wird, so wird sie damit . . . gegen den von ihr selbst aufgestellten Grundsatz verstoßen, prinzipiell keine sowjetischen Übungsflächen zur Weiternutzung übernehmen zu wollen, und damit wird sie in den neuen Ländern den letzten Rest Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung verlieren.“ (vgl. Rede des Abgeordneten Peter Ritter, Landtag des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Plenarprotokoll 4/13 vom 14. April 2003)?

### Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Hans Georg Wagner vom 24. April 2003

In seinen Urteilen vom 14. Dezember 2000 hat das Bundesverwaltungsgericht festgestellt, dass der Bund nach den Regelungen des Einigungsvertrages Eigentümer des Luft-Boden-Schießplatzes Wittstock geworden und zur militärischen Fortnutzung grundsätzlich berechtigt ist. Zuvor müsse er aber die betroffenen Gemeinden im Hinblick auf ihre verfassungsrechtlich gewährleistete Planungshoheit anhören und deren Belange bei der von ihm zu treffenden Verwaltungsentscheidung über Art und Umfang der vorgesehenen Nutzung abwägend berücksichtigen. Die vom Land Brandenburg in Amtshilfe für den Bund durchgeführte Anhörung der betroffenen Gemeinden im näheren Umfeld des Truppenübungsplatzes Wittstock ist inzwischen abgeschlossen.

Es ist vorgesehen, in Kürze zunächst sowohl die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, deren Wahlkreise in der Region um Wittstock und im südlichen Mecklenburg-Vorpommern liegen, als auch den Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages näher über die Planungen zur künftigen Nutzung des Platzes zu unterrichten.